

Nachhaltige Entwicklung braucht einen gesellschaftlichen Grundkonsens und einen politischen Fahrplan

Stellungnahme des
Mouvement Ecologique in Zusammenhang
mit dem Hearing der Abgeordnetenkommer
zur Nachhaltigen Entwicklung

Januar 2001

Nachhaltigkeit braucht einen gesellschaftlichen Grundkonsens

Am 30. / 31. Januar fand in der Abgeordnetenkammer ein von der Umweltkommission organisiertes Hearing zur nachhaltigen Entwicklung statt. Da das Hearing weder öffentlich war, noch einen Austausch von Argumenten zwischen den verschiedenen eingeladenen Akteuren zuließ, hat der Mouvement Ecologique sich dazu entschlossen, die Schlußfolgerungen, die er daraus gezogen hat, öffentlich zu machen.

In den Industrieländern - auch in Luxemburg - sind wir derzeit weit davon entfernt, eine nachhaltige Gesellschafts- und Wirtschaftsform zu haben, wie folgende Beispiele zeigen:

- der steigende Automobilpark bzw. das aktuelle «Modal split» hat die Reduktion der Emissionen durch verbesserte Technik längst zunichte gemacht: Heute produziert der Individualverkehr mehr Emissionen denn je;
- die Klimaveränderung auf globaler Ebene hat de facto nach einhelliger wissenschaftlicher Erkenntnis bereits begonnen; Luxemburg ist nach wie Spitzenreiter in den pro-Kopf CO₂-Emissionen (auch ohne Berücksichtigung des Tanktourismus) - drastische Reduktionen sind notwendig;
- zwar wurden in einem begrenzten Ausmaß in die erneuerbaren Energien investiert; wir liegen jedoch prozentual weit hinter einer Vielzahl von anderen EU-Ländern und den klimapolitischen Anforderungen - gleiches gilt auch z.B. für den Prozentsatz biologisch arbeitender Betriebe in der Landwirtschaft;
- der Landverbrauch geht ungehemmt weiter - eine kohärentere Entwicklung der einzelnen Regionen angesichts u.a. der starken Bevölkerungsentwicklung ist (noch) nicht in Sicht.

Isolierte Maßnahmen, so wichtig und sinnvoll sie auch sein mögen, werden alleine es nicht ermöglichen, die erforderliche Trendwende in der Verkehrs-, der Landwirtschafts-, der Energie- und anderen Politiken zu erreichen.

Und genau hierin liegt die Herausforderung der Idee der nachhaltigen Entwicklung: ein strategisches Konzept zur Umgestaltung unserer Gesellschaft zu gewährleisten.

Eine solche Herausforderung beinhaltet auch Chancen: Chancen für einen Gewinn an Lebensqualität, für die Erschließung neuer Zukunftsmärkte u.a.m.

Eine Reihe von im Rahmen dieses Hearings abgegebenen Gutachten sind deshalb äußerst befremdend. Hier soll scheinbar die Notwendigkeit eines Umdenkens z.T. in Frage gestellt werden und statt einer ehrlichen Analyse - der Entwicklung eines strategischen Konzeptes - an tradierten Politiküberlegungen festgehalten und wissenschaftliche Fakten ignoriert werden.

Doch: die Menschen, die sich in sozialen, Dritte Welt- und ökologischen Organisationen weltweit engagieren, wollen und werden es nicht zulassen, daß aufgrund solcher tradierter Sichtweisen der «Geist von Rio» mit Füßen getreten wird: in unserem Interesse - aber vor allem auch im Interesse der zukünftigen Generationen. In diesem Sinne ist die folgende Stellungnahme zu verstehen. Sie basiert auf einer ersten Analyse der aktuellen politischen Situation, der im Rahmen dieses Hearings gemachten Aussagen sowie der konkreten strukturellen Instrumente zur Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit in Luxemburg.

1. Es gibt keinen politischen Konsens über die Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung und deren Notwendigkeit

Um eine zielorientierte Politik der Nachhaltigkeit in die Wege leiten zu können, bedarf es notgedrungen eines Grundkonsens über den Begriff und Bedeutung einer «nachhaltigen» Politik. Von einem solchen Grundkonsens sind wir in Luxemburg in Ermangelung eines entsprechenden politischen Diskurses weit entfernt, wie u.a. folgende Zitate belegen:

"...une inscription dans la Constitution d'un "droit à un environnement sain et écologiquement équilibré"... risque de compromettre sérieusement le développement des activités économiques, en rendant potentiellement anticonstitutionnel tout acte humain ayant un impact défavorable envers l'environnement naturel". (Auszug aus der Stellungnahme der Handwerkerkammer)

"Je m'interroge enfin à propos de l'application du concept de meilleure technologie disponible qui en soi ne tient pas compte de l'impératif économique. Appliqué d'une façon excessive, il mène au statu quo, au blocage voire à des choix contradictoires, potentiellement du moins, avec le développement économique et social.» (Auszug aus der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums)

"...Kronospan... entreprise pratiquant le développement durable" (Auszug aus der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums)

Ähnlich befremdend ist die Analyse des Bautenministeriums betreffend die Straßenbaupolitik:

"Un des principaux défauts du réseau routier existant est son orientation vers la Capitale ...» - woraus sich für das Ministerium die Forderung nach weiteren Straßen ergibt, dies aber diesmal unter dem Deckmantel der «nachhaltigen Dezentralisierung» - «...il y a eu lieu de réaliser des nouvelles voies de liaisons reliant entre eux les nouveaux centres d'attraction sans passer par la Ville de Luxembourg". (Auszug aus der Stellungnahme des Bautenministeriums)

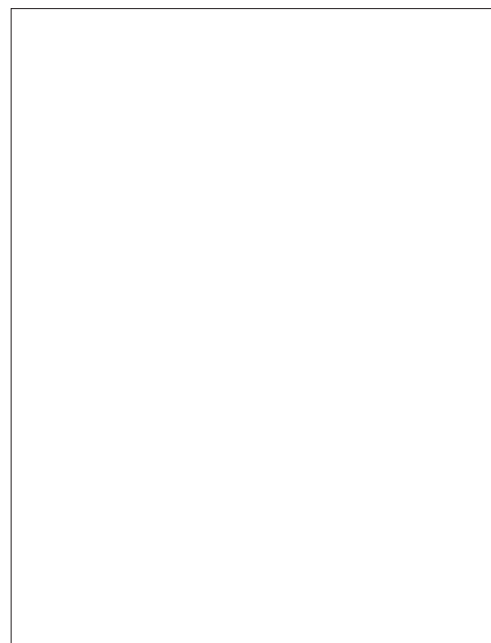
Diese und andere Aussagen belegen, daß kein Konsens über den Begriff der «nachhaltigen Entwicklung» besteht. Der Begriff scheint vielmehr als eine Art «politische Floskel» gebraucht zu werden, um ein Fortführen traditioneller Politiktendenzen zu rechtfertigen.

Dabei werden die politischen Fakten auf globaler Ebene verkannt: Der Begriff «Nachhaltigkeit» wurde eindeutig im Rahmen der Rio-Konferenz definiert und zwar wie folgt: «Das Recht auf Entwicklung muß so erfüllt werden, daß den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und zukünftiger Generationen in gerechter Weise entsprochen wird». Von vorrangiger Bedeutung sei es in diesem Zusammenhang, soziale, ökologische und ökonomische Entwicklungen **vernetzt** zu betrachten.

Unter Nachhaltigkeit ist fernerhin eine gesellschaftliche Entwicklung bzw. eine Lebensweise zu verstehen, in der

- die Ressourcen nicht schneller verbraucht werden, als sie sich neu bilden ...
- nicht mehr Stoffe an die Umwelt abgegeben werden, als die Ökosysteme verkraften können
- die Ressourcen gerecht zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern und zwischen den Menschen innerhalb der Länder verteilt sind.

Ehe man sich in sektoriellen Diskussionen verliert, erscheint es somit unerläßlich einen gesellschaftlichen Grund-Konsens sowohl über die Bedeutung als auch die gesellschaftliche Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung herbeizuführen.



Der Entwurf des nationalen Planes für eine nachhaltige Entwicklung kann auf der homepage des Umweltministeriums eingesehen werden:
www.mev.etat.lu

2. Offener Dialog zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren und mit der Zivilgesellschaft: Der Paradigmenwechsel ist in Luxemburg noch nicht erfolgt!

Nachhaltigkeit definiert jedoch nicht nur «inhaltliche», sondern vor allem auch «methodische» Ziele, nach dem Motto: «Der Weg ist das Ziel».

Grundprinzip ist hierbei eine «neue» Form des Dialogs zwischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Kreisen (und zwischen Nord-Süd) - und zwar auch in aller Öffentlichkeit. Dies als Voraussetzung für eine Gleichgewichtung (!) bzw. verstärkte Vernetzung zwischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen. Nicht zuletzt aufgrund der Debatte von Rio und der Diskussion um die Nachhaltigkeit ist die Idee der Partnerschaft u.a. im Rahmen des Klimabündnisses zwischen Gemeinden und Umwelt- und Drittweltorganisationen entstanden.

Es geht gerade darum, daß in einer offenen Form Spannungsfelder ausdiskutiert werden zwischen «klassischen Protagonisten» und so Polarisierungen abgebaut werden. Dies bedeutet jedoch implizit, daß über eine Tripartite, einen «Conseil Economique et Social» hinaus, über gängige Standes- und Ständevertretungen hinaus, die Zivilgesellschaft stärker in Zukunftsfragen miteinbezogen wird.

Insofern ist es mehr als befremdend, dass im Rahmen des Hearings einzelne Vertreter von Berufskammern scheinbar darauf verwiesen, solche Diskussionen gehörten prioritär in den Rahmen der Tripartite ... Derartige Aussagen lassen tief blicken ...

Die Notwendigkeit einer stärkeren Öffnung der politischen Diskussion hat sich in Luxemburg nur erst ansatzweise durchgesetzt, wie die politische Aktualität zeigt. Sogar in zentralen Zukunftsfragen für unser Land bzw. die Großregion wie «Wéi e Letzebuerg fir muer?» oder dem Zusammenhang von Verkehrspolitik und Landesplanung ist kein konzertierter Dialog in Sicht.

Die Tatsache, daß im Rahmen des begrüßenswerten Hearings, in einem ersten Ansatz "vergessen" wurde, VertreterInnen von Bewegungen im Entwicklungsbereich einzuladen, wie auch die Vernachlässigung von sozialen Bewegungen - und die weiterhin sehr starke Fokussierung auf klassische Gremien, wie die Kammern (so groß auch ihre Legitimität sein mag) - zeugt davon, wie schwer wird uns mit dem Anspruch der Nachhaltigkeit tun.

3. Es besteht kein Konsens über die Notwendigkeit eine «nachhaltige Entwicklung» auf objektive wissenschaftliche Fakten zu gründen und entsprechende politische Ziele zu formulieren

"...une croissance forte de l'économie nationale entraîne une augmentation de la consommation énergétique, même si une diminution de l'intensité énergétique est réalisée. Un calcul assez simple montre, qu'en tenant compte des prévisions de croissance du STATEC, la consommation d'énergie va plus que doubler d'ici 2010. Dans ces circonstances, la diminution envisagée des émissions des gaz à effet de serre semble condamnée et impossible de prime abord". (Auszug aus der Stellungnahme der Handwerkerkammer).

In anderen Worten: Nicht die Politik soll sich an ökologischen Zielen orientieren - was an sich eine der Grundthesen des Prinzips der Nachhaltigkeit ist - sondern ökologische Herausforderungen an dem Anspruch einer weiteren wirtschaftlichen Expansion. Die sich aufdrängende «Effizienzrevolution» wird damit an sich auch in Frage gestellt, ebenso wie wissenschaftlich begründete Zielvorstellungen...

Diese Aussage der Handwerkerkammer steht nur stellvertretend für zahlreiche andere. Es ist befremdend, daß sich kaum ein Ministerium, kaum eine Kammer mit den im Plan für eine nachhaltige Entwicklung definierten konkreten Zielwerten auseinandersetzt. Im Dokument des Transportministeriums wird, trotz der Angabe von Maßnahmen zur Veränderungen des «Modal split» nicht einmal ansatzweise versucht, die erforderlichen CO2-Emissionen im Transportbereich zu quantifizieren.

Doch gerade auch hierin liegt die Herausforderung, wie es Prof. Jännicke vor Jahren in einer Stellungnahme für den Mouvement Ecologique formulierte:

«Den formulierten Zielen und Maßnahmen soll eine wissenschaftliche Problemanalyse zugrunde liegen: (...) Im internationalen Vergleich zeigt sich, daß im Hinblick auf die Zielfindung ein zweistufiger Prozeß sinnvoll ist, der zwischen wissenschaftlich begründeten Maximalzielen und politisch abgestimmten Planzielen unterscheidet. Dabei sollen in einem ersten Schritt die Handlungserfordernisse für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung aus der Sicht der Wissenschaft bestimmt werden. In den Niederlanden und in Schweden wird diese wissenschaftliche Darstellung der Handlungserfordernisse von den (...) nationalen Umweltämtern geleistet.

Dieser wissenschaftliche Input bildet dann die Grundlage für den zweiten Schritt der politischen und konsensorientierten Festlegung der Planziele.»

Es geht somit um langfristige Ziele, die auf wissenschaftlich nachvollziehbaren Fakten basieren!

Doch leider entsteht der Eindruck, als ob die Diskussion über die Nachhaltigkeit sogar für eine gegenteilige (!) Entwicklung mißbraucht werden soll.

Ein Fallbeispiel: In der Umweltgesetzgebung figuriert seit über 10 Jahren der Begriff der «meilleure technologie disponible»; ebenso bestand bis dato ein Konsens, daß ein Ineingreifen von Normen und Förderprogrammen im Umweltbereich unerläßlich sei. Doch - im direkten Widerspruch dazu - wird nunmehr u.a. seitens des Wirtschaftsministeriums für eine «liberalere» Vorgehensweise eingetreten, welche die Möglichkeit der Regierung, klare Zielvorgaben im Umweltbereich zu geben, sogar einschränken soll:

«Faute d'amélioration progressive sur le plan écologique, on risque de piétiner sur place. Plutôt que de miser sur l'application du principe de la meilleure technologie disponible sans égard à ce qui est économiquement justifiable, il me semble digne de réfléchir à une application de normes minimales réglementaires et de laisser aux acteurs concernés le choix de la technologie à mettre en oeuvre pour atteindre les valeurs choisies." (Auszug aus der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums)

Soll der Begriff der Nachhaltigkeit - durch seine Loslösung von wissenschaftlichem Sachverstand - nunmehr als Schlagwort benutzt und sogar dazu mißbraucht werden, bis dato klare Orientierungen im Umweltbereich auszuhebeln?

4. Die Tragweite einer nachhaltigen Umgestaltung der Gesellschaft wird nicht ausreichend wahrgenommen

Der von der vorherigen Regierung erstellte Plan für eine nachhaltige Entwicklung hat sicher manche Schwachstelle und nicht alles Zahlenmaterial ist bis in den letzten Grad nachvollziehbar. Und doch: ein großer Verdienst dieses Planes ist, daß zumindest klare Ziele formuliert werden, dies aufgrund einer groben Analyse der heutigen Situation.

Wenn z.B. Fakt ist, daß die heutigen Energiereserven von Öl, Gas ... usw. sich dem Ende zuneigen, ist es nicht damit getan auf dieses oder jene Dach eine kleinere Solaranlage zu errichten, nein, dann geht es um einen grundsätzlichen Strukturwandel in der Energiepolitik.

So ist es nicht damit getan, wenn das Wirtschaftsministerium im Energiebereich den Bau einiger Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen anführt - und gleichzeitig die angestrebten Zielwerte zur Reduktion der CO₂-Emissionen in Frage stellt.

Oder aber, wenn das Landwirtschaftsministerium in seinen Schlußfolgerungen die integrierte Landwirtschaft - die in anderen Ländern als Standard angesehen wird und längstens nicht mehr in der Form finanziell unterstützt wird - , als Strategie zur Nachhaltigkeit darstellt. Die biologische Landwirtschaft findet in den Schluß-

Le concept de l'agriculture intégrée constitue une stratégie qui s'appuie sur une approche globale des questions agri-environnementales, elle s'avère cohérente, équilibrée et souple sur le plan pratique.

folgerungen nicht einmal eine Erwähnung!

Beim Bautenministerium seinerseits werden so zwar einige positive Initiativen im Energiebereich im Rahmen von öffentlichen Bauten erwähnt oder aber darauf hingewiesen, daß verstärkt daran gedacht wird, ökologische Baumaterialien einzusetzen. Daß derzeit aber in Wirklichkeit der Anteil ökologischer Produkte im Bereich der öffentlichen Bauten einen verschwindend kleinen Anteil ausmacht, wird verschwiegen. Daß in Luxemburg seitens öffentlicher Instanzen die Niedrigenergiebauweise nach wie vor in den Kinderschuhen steckt (von wenigen Ausnahmen abgesehen) und weitaus systematischer entwickelt werden müßte, wird verschwiegen.

Hier werden gute punktuelle Projekte oder "altbackene Scheinlösungen" vorgehalten, um darüber hinwegzutäuschen, daß die grundsätzliche Ausrichtung der einzelnen Politikbereiche noch zu wünschen übrig läßt.

Als ob das "Weiter wie bisher" oder aber einige gute Projekte bereits ausreichen würden, das betroffene Politikfeld als "nachhaltig" zu kennzeichnen.

Dies jedoch ist ein Widersinn: denn der Qualitätssprung im Bereich der Nachhaltigkeit liegt gerade darin, daß aufgezeigt wird, daß unser heutiges politisches Gebaren nicht ausreicht um einerseits einen Ausgleich Nord-Süd zu erlauben und andererseits den zukünftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Genau hierin liegt der durch die Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung ausgelöste Qualitätssprung!

Nachhaltigkeit

Die Herausforderungen sind erheblich: Luxemburg muß u.a. eine substantielle Reduktion der CO₂-Emissionen sicherstellen

5. Eine Integration von Nachhaltigkeits-Prinzipien in die sektoriellen Politikbereiche erfolgt in der politischen Aktualität nur sehr begrenzt

bedeutet auch eine Integration ökologischer Denkweisen in die sektoriellen Politiken. Nachhaltigkeit bedeutet somit implizit auch, daß heutige Entscheidungen auf den unterschiedlichsten Ebenen aufgrund von Nachhaltigkeitskriterien kritisch hinterfragt werden müssen. An kaum einem anderen Beispiel läßt sich das besser darstellen, als im Bereich der Transportpolitik.

Das Bautenministerium stellt in seinem Gutachten zum Hearing eine Überlastung des Straßennetzes fest und definiert als seine "nachhaltige" Strategie nicht primär (nur) neue Straßen zu bauen, sondern...

Dabei ist der Verkehrsbereich Hauptversursacher der

"l'ajout d'une troisième voie en élargissant le gabarit d'un 2X2 voies et augmentant ainsi la capacité de 50%, sans accroître à la même échelle la consommation des sols..."

D.h. Nachhaltigkeit bedeutet bereits, daß statt dem Bau weiterer Straßen, bestehende «lediglich» ausgebaut werden. Doch es geht noch weiter "Même le plus performant programme de mise en valeur des routes existantes ne saura compenser entièrement la nécessité de devoir construire de nouvelles routes, qui, rappelons-le, ne servent pas seulement au transport individuel, mais également à la partie des transports en commun opérée par des autobus". (Auszug aus dem Gutachten des Bautenministeriums). Dont acte!

CO2-Emissionen. Um dann in einem Hearing zum Thema Nachhaltigkeit einen weiteren Ausbau des Straßennetzes in dieser Form «reinzuwaschen», zeugt von einer gewissen Dreistigkeit sowie einem fundamentalen Mißverstehen des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung. Der

Straßenwahn, der zum aktuellen Verkehrschaos geführt hat, wird also nunmehr unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit weitergeführt...

Das Umweltministerium hat bisher kaum «gewagt» solche Vorgehensweisen in den sektoriellen Politikbereichen kritisch zu hinterfragen. So analysiert das Umweltministerium zwar in der Stellungnahme zum Hearing über Nachhaltigkeit, die ihm als Ministerium direkt zur Verfügung stehenden Instrumente, kommentiert jedoch in keiner Form Orientierungen sektorieller Ministerien !

Der Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung verlangt, daß das Umweltministerium aus seinem Nischendasein heraustritt und mit aller Deutlichkeit eine Mitsprache in all jenen Dossiers beantragt, die von direkter Relevanz für die nachhaltige Entwicklung sind.

Entsprechende Themenbereiche - in denen in diesem Zusammenhang eine direkte Interessensabwägung erfolgen muß - gäbe es in Hülle und Fülle: geplanter Bau von Umgehungsstraßen und somit eine weitere Förderung des Individualverkehrs, Ausbau des Flughafenareals vor allem im Cargobereich mit einem entsprechenden Anstieg der CO2-Emissionen, weitere Zunahme der Zentralisierung der Aktivitäten auf Stadt Luxemburg (Ausbau der Clôche d'Or, der Aktivitätszone im Flughafenareal ...), Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik... sind nur einige Beispiele...

Es ist deshalb schlichtweg frustrierend in der Theorie über die Nachhaltigkeit zu diskutieren - wenn die politische Aktualität allzuoft deren Zielen zuwiderläuft.

6. Es fehlt an geeigneten Strukturen zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung

Es ist bedenklich, daß bei diesem Hearing kaum über die fundamentale Fragestellung diskutiert wird. In anderen Ländern wurden spezifische Stellen geschaffen, zumindest das Umweltministerium in diesem Ressort aufgewertet, parallel Strukturen wie ein «Rat der Weisen» geschaffen - auch in Luxemburg drängt sich die Schaffung von auf unsere Situation angepaßte Strukturen auf.

Denn wer soll den Diskussionsprozeß über eine nachhaltige Entwicklung begleiten ? Wer auch die unterschiedlichen Akteure zusammenführen?

Stellt man sich die Frage nach der Rolle des Umweltministeriums und dessen Interventionsrecht in die Politik der sektoriellen Ministerien, so ist man direkt mit der Frage der Strukturen zur Umsetzung bzw. in die Wege leiten des Prinzips der Nachhaltigkeit konfrontiert. Denn sie wird sich nicht machen, ohne daß hierfür die entsprechenden Strukturen geschaffen wurden!

7. Werden Zukunftsfragen, wie diejenige der "nachhaltigen Entwicklung" ignoriert, werden auch Chancen für den "Standort Luxemburg" verpaßt

Darüber hinaus ist befremdend, daß in Luxemburg in so manchen politischen und ökonomischen Kreisen weiterhin eine längst überholte Sichtweise der Interaktion von Sozialem-Umwelt und Wirtschaft vorherrscht. Nach wie vor scheint eher ein Ausspielen dieser Interessen gegeneinander an der Tagesordnung zu stehen, als die Chancen in einer stärkeren Symbiose im Sinne der Nachhaltigkeit liegen.

Letztere werden scheinbar nur sehr begrenzt erkannt. Ein Beispiel: Während in der Regierungserklärung noch zu lesen ist, Luxemburg müsse sich als Standort im Umweltbereich entwickeln, gibt das Wirtschaftsministerium im Rahmen des Hearings folgende Stellungnahme ab:

"Quant aux "technologies environnementales" il y a lieu de ne pas être naïf. Le Gouvernement soutiendra les initiatives jugées économiquement prometteuses en matière de développement et d'application de technologies permettant d'améliorer l'environnement.

Il vient encore de le prouver. Mais je mets en garde contre des idées visant à constituer de toutes pièces une "E.T.Valley" au Luxembourg. Nous n'en avons guère les préalables requis."

Ebenso befremdend ist, wenn seitens der Handwerkerkammer sogar die Chancen des Exports von Umwelttechnologien verkannt werden:

"...l'adoption de normes environnementales trop sévères par rapport à nos voisins conduira vers le développement de technologies, certes à la pointe du faisable, mais non commerciables au-delà de nos frontières, car non adaptées aux besoins de ces marchés étrangers"

Oder aber, wenn seitens des Wirtschaftsministeriums nicht mit aller Kraft ein Ausbau der alternativen Energien angestrebt wird, sondern primär die Ziele zur Umgestaltung unserer Energiepolitik in Frage gestellt werden:

"Je m'interroge ... à propos de deux objectifs quantitatifs contenus dans le plan de développement durable sur lesquels le Gouvernement précédant s'était engagé et que j'estime hautement problématique d'un point de vue politique:

- le taux de couverture de la consommation d'électricité jusqu'à concurrence de 5% par des sources d'énergie renouvelables produites sur le territoire luxembourgeois à l'horizon 2010. Par ailleurs, le taux de 10% que l'on retrouve dans une publication du Ministère de l'Environnement me paraît relever soit d'une erreur d'impression soit d'une vision utopique, totalement irréaliste. En effet, compte tenu des sources d'énergies renouvelables limitées dont notre pays dispose dans les domaines hydrauliques, éoliens et de la biomasse, il y aurait lieu de recourir massivement à l'énergie solaire photovoltaïque, à la fois rare et excessivement coûteuse à l'heure actuelle.»

Dabei ist wohl auch dem Wirtschaftsministerium bewußt, aus Gründen des Klimaschutzes und der Begrenztheit von nicht erneuerbaren Ressourcen - Luxemburg als eines der reichsten Länder der Welt (!) schlichtweg gezwungen ist, neue Wege zu gehen.

Noch etwas weiter treibt es die Handelskammer in ihrer Stellungnahme:

"Une mesure, caractérisée comme irréaliste par les experts en la matière, concerne la production de 10 % de notre énergie électrique à partir de sources renouvelables. La conséquence en est, que la Commission Européenne s'y réfère pour imposer au Luxembourg un haut niveau de production d'énergies renouvelables, contrairement à l'avis de nos autorités compétentes en la matière." (Bemerkung: Das Energieministerium hat keine Kompetenz in diesem Bereich, sondern das Umweltministerium...oder etwa doch?)

Hier sieht man sich in Zeiten von vor über 20 Jahren versetzt. In der Tat wird hier die Schimäre wieder neu zum Leben erweckt, die da bedeutet, daß ein Mehr an Ökologie mit Nachteilen verbunden wäre.

Während andere Länder sehr bewußt auf eine sogenannte "Win - win - win" - Strategie setzen, die auf eine Synergie von ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen, soll hier scheinbar z.T. noch immer eine "Dinosaurier"-Politik betrieben werden.

Fazit: Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, daß - bevor man über einzelne Maßnahmen des vorliegenden Planes für eine nachhaltige Entwicklung spricht - erst einmal eine Klärung der Begrifflichkeiten und der Rahmenbedingungen erfolgen muß.

Nachhaltige Entwicklung braucht einen Fahrplan

1. Einen strukturierten Prozeß im Bereich der Nachhaltigkeit auf objektiver Grundlage in die Wege leiten

Um in der Diskussion über den Begriff, den Inhalt und die Umsetzungsstrategien in Sachen Nachhaltigkeit weiter zu kommen, ist es unverzichtbar, einen regelrechten Prozeß in die Wege zu leiten:

- Es ist zwingend die Diskussion über die sektoriellen Politiken auf **objektive Fakten zu basieren und einen Konsens betreffend deren Analyse und Bewertung** herbeizuführen. Wie ist die Ist-Situation zu bewerten? Welches sind die Entwicklungstendenzen? Wo stehen wir heute aus der Sicht der Nachhaltigkeit?
- In einer weiteren Phase gilt es Einigkeit über die **angestrebte Politikorientierung** in den verschiedenen Bereichen sowie einen gesellschaftlichen Konsens betreffend die Leitlinien und Zielvorstellungen herbeizuführen. Hierbei gilt es über die einzelnen Nachhaltigkeitsindikatoren hinaus auch eine Analyse der **Entwicklungstendenzen** durchzuführen. Der Qualitätssprung würde u.a. darin liegen, daß klare Trendszenarien aufgestellt werden würden (deren Fehlen ist in der Tat ein großer Mangel des vorliegenden Entwurfs eines nachhaltigen Planes). Denn nur wenn man weiß, zu welchen Resultaten eine Politik des «weiter wie bisher» führt, weiß man auch, wie einschneidend die zu treffenden Maßnahmen sein müssen.
- Sinnvoll für eine kohärente und transparente Darstellung der Situation - bzw. für die vereinfachte Entwicklung von Instrumenten - ist es, einerseits **wünschenswerte Entwicklungsszenarien** und andererseits **Leitindikatoren** zu definieren. Ähnlich wie auf EU-Ebene angestrebt und in einer Reihe von Staaten bereits heute umgesetzt, sollten «key indicators» festgehalten werden. Modell könnte z.B. der Umweltbarometer in der BRD sein oder aber die «key indicators» in England (siehe Anhang).

- Darüberhinaus ist es sinnvoll, einerseits die breite **Öffentlichkeit systematisch zu informieren** und andererseits die **Entwicklung** - über die Erstellung eines einzelnen Planes hinaus - konsequent zu verfolgen.

Deshalb sollten:

- * die **«key-indicators», das «Umweltbarometer»** bzw. die **Entwicklungstendenzen** nicht nur in einem internen Bericht einer Verwaltung erstellt werden, sondern seitens aller Ministerien in einer öffentlichen Informationsbroschüre offensiv in die Öffentlichkeit getragen werden;
- * auf politischer Ebene die **Entwicklung** in den verschiedenen Bereichen **konsequent verfolgt** wird - deren Konformität zu den Leitbildern des Planes einer nachhaltigen Entwicklung analysiert und ggf. weitere Maßnahmen getroffen werden. Diese Analyse sollte jährlich im Rahmen eines Berichtes veröffentlicht werden.

Das Beispiel des Umweltbarometers in Deutschland (DUX)

DUX – Der deutsche Umweltindex

DUX (Oktober 2000)

1505

(max. 6000 Punkte)

Klima	607 (max. 1000 Punkte)
Luft	692 (max. 1000 Punkte)
Boden	-11 (max. 1000 Punkte)
Wasser	0 (max. 1000 Punkte)
Energie	164 (max. 1000 Punkte)
Rohstoffe	53 (max. 1000 Punkte)

Beim Umweltbarometer wird auf sehr einfache Art und Weise in fünf Hauptbereichen dargestellt, inwiefern wir den heutigen Kriterien der Nachhaltigkeit gerecht werden. Zielwert ist 1000 - so kann jeder Einwohner auf einen Blick erkennen, wie die heutige Situation einzuschätzen ist. Da die Werte zudem jährlich überarbeitet werden und die Entwicklung aufgezeigt wird, kann auch jeder nachvollziehen, ob es geschafft wurde, die erwünschten Verbesserungen herbeizuführen oder nicht.

Genauere Informationen zum Dux sind auf der homepage des Umweltbundesamtes verfügbar: www.umweltbundesamt.de

Das Beispiel des Indikators "Luft" zeigt auf, wie das Modell funktioniert.

Berechnung des DUX

Beispiel Indikator für den Bereich Luft:

Durch den Indikator für den Bereich Luft "Emissionen von SO₂, NO_x, NH₃, NMVOC" werden die Emissionsminderungen für jeden der vier betrachteten Schadstoffe einzeln, bezogen auf das Basisjahr 1990 in Prozent berechnet. Grundlage für die Berechnung sind die absoluten Emissionsmengen des jeweiligen Schadstoffes:

Indikator für den Umweltbereich "Luft"										
"Emissionen von SO ₂ , NO _x , NH ₃ und VOC in Mio./t"										
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996*	1997*	1998*	
SO ₂ -Insgesamt	5321	3996	3307	2945	2473	1991	1394	1122	895	
NO _x -Insgesamt	2709	2501	2311	2198	2042	1967	1877	1781	1709	
NH ₃ -Insgesamt	765	673	649	638	639	634	634	625	628	
NMVOC-Insgesamt	3225	2798	2540	2327	2158	1979	1856	1773	1698	
Emissionen, relativ zu 1990, in %										
SO ₂	100	75,1	62,1	55,3	46,5	37,4	26,2	21,1	16,8	
NO _x	100	92,3	85,3	81,1	75,4	72,6	69,3	65,7	63,1	
NH ₃	100	88,0	84,8	83,4	83,5	82,8	82,9	81,7	82,1	
NMVOC	100	86,8	78,8	72,2	66,9	61,4	57,6	55,0	52,7	

Zunächst werden die Emissionen (ungewichtet) gemittelt (Addition der vier Prozentzahlen der Emissionen, dividiert durch vier). Im anschließenden Rechenschritt wird die gemittelte Emission in % (1998: 53,7%) von der Ausgangsmenge (1990: 100%) subtrahiert. Damit ist für den Indikator die Emissionsminderung im Vergleich zum Basisjahr 1990 festgestellt (1998: -46,3%):

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Ziel 2010	
Emissionen relativ zu 1990 gemittelt	100	85,5	77,8	73,0	68,1	63,6	59,0	55,9	53,7	30,0	
Emissionsminderungen relativ zu 1990 in %		0	-14,5	-22,2	-27,0	-31,9	-36,4	-41,0	-44,1	-46,3	-70,0

Für den DUX entscheidend ist die Umrechnung der gemittelten Emissionsminderungen in die relative Zielerreichung.

Dafür wird eine vollständige Zielerreichung (hier -70%) gleich 100 gesetzt. Die Zielerreichung in % für ein bestimmtes Jahr ergibt sich demnach durch Multiplikation der gemittelten Emissionsminderung (1998: -46,3%) mit 100, dividiert durch -70. Letzter Schritt ist die Umrechnung der Zielerreichung in % in die Zielerreichung in Punkten (Multiplikation mit 10).

Das englische Modell

England ergänzt sein System der Indikatoren in folgendem Sinne: die heutigen Entwicklungstendenzen werden analysiert und dargelegt, welche zukünftige Entwicklung erwünscht ist. Daraufhin werden generelle Ziele festgelegt.

Jährlich wird kontrolliert, inwiefern die Entwicklung tatsächlich den wünschenswerten "targets" entspricht oder nicht.

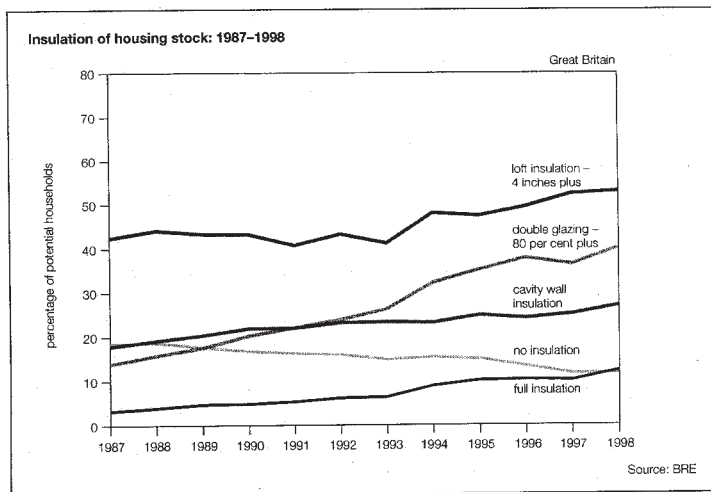
Table 3.2 Headline indicators – a baseline assessment

Indicator	Ref no	Data used	Change 1970-1998'	Change 1990-1998'	Specific targets and goals
Economic output (GDP)	H1	1970-1998	74 per cent real growth per head	14 per cent real growth per head	
Investment (as % of GDP)	H2	1970-1998	2 percentage point fall	3 percentage point fall	
Employment	H3	1970-1999	1 percentage point increase	1 percentage point fall	An increase in the proportion of working age people in employment, over the economic cycle, in the UK
Poverty and social exclusion	H4	1990-1999	poverty and social exclusion increased in the 1970s and 1980s	little change	Indicators of success in tackling poverty and social exclusion in the anti-poverty strategy
Education (qualification at age 19)	H5	1984-1999	•••	increase of 22 percentage points	85 per cent of 19 year olds in England to have a 'level 2' qualification by 2002; 75 per cent in Wales by 2002 and 85 per cent in Northern Ireland by 2001
Health (expected years of healthy life)	H6	1981-1995	increase of 2 years 1981 to 1995	little change	An increase in healthy life expectancy at age 65, in England
Housing (% of homes unfit)	H7	1986-1996	•••	0.4 percentage points fall	
Crime					

Objective Need housing which is more energy efficient and uses fewer resources

Indicator Thermal efficiency of housing stock

D8



Housing insulation in Great Britain has improved over the last decade. Between 1987 and 1998 the percentage of houses with no insulation fell from 18 per cent to 12 per cent. By 1998, 40 per cent of houses had at least 80 per cent of windows double glazed.

Relevance Energy efficient housing is essential for sustainable development. To help reduce the increase in household energy consumption, all existing and new homes need to be adapted or constructed to be energy efficient and use less resources.

Trends The number of homes with full insulation is increasing whilst the number with no insulation is decreasing. The number of homes with loft insulation, cavity wall insulation or double glazing has significantly increased over the last decade.

Background Better household insulation will help to reduce the amount of energy used for heating, which currently accounts for about 60 per cent of all household energy use.

2. «Wohlstand» neu definieren - Neben dem Bruttosozialprodukt einen Index of «social welfare» einführen

Wie will man die gesamtgesellschaftliche Entwicklung eines Landes aus dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit bewerten, wenn eines der heutigen Hauptinstrumente zur Messung des «Wohlstandes» auf einem Modell basiert, das z.T. der Idee der nachhaltigen Entwicklung diametral zuwiderläuft. Doch gerade dies ist beim heutigen Brutto-Sozialprodukt der Fall. Dieses steht in direktem Widerspruch zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung, indem z.B. die Reparatur von Umweltschäden derzeit als Ausgabe positiv im PIB verbucht wird, ebenso die Krankenhauskosten, Unfälle usw.

Die Kritik am heutigen Bruttosozialprodukt ist grundsätzlich folgende:

- die Verteilung Einkommen / Vermögen wird nicht berücksichtigt
- der Verbrauch von Kapital (Ressourcen, Grund, Boden, Humankapital) bei der Wertschöpfung wird nicht berücksichtigt
- die informelle Ökonomie wird ausgeklammert (Hausarbeit, Kindererziehung, Altenpflege, Nachbarschaftshilfe)
- Leistungen der Natur (Aufnahmebedingungen für Abfälle, Rohstofflieferant, Ressource für privaten Konsum) werden ignoriert
- Es wird kein Unterschied zwischen wohlfahrtssteigerndem und -minderndem Konsum gemacht, Zwangsausgaben (Reparatur, Unfälle) werden positiv bewertet
- Immaterielle Wohlfahrtskomponenten werden nicht berücksichtigt (Freizeit, ästhetischer Wert der Natur...).

Deshalb setzt sich der Mouvement Ecologique dafür ein, in Luxemburg - gemäß Modellen die bereits auf EU-Ebene diskutiert bzw. in anderen Ländern umgesetzt werden - einen Index «of social welfare» einzuführen, in dem u.a. die angeführten Aspekte berücksichtigt werden. Hier würde dem STATEC eine prägende Rolle zukommen.

3. Erforderliche Strukturen zur Umsetzung einer nachhaltigen Strategie schaffen

Wer glaubt, das Konzept der Nachhaltigkeit würde ohne strukturelle Reformen seinen Weg machen, der irrt! In Belgien und England wurde jeweils eine spezifische Struktur für die Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit geschaffen, ja z.T. ein gänzlich neues Ressort.

Es ist zwingend, sich auch in Luxemburg die Frage zu stellen, wer in unserem Land die Federführung bei der Initiierung eines Nachhaltigkeits-Prozesses übernehmen soll. Die Tatsache, daß seit der Zusammensetzung der neuen Regierung bis dato von keinem Regierungsmitglied die Initiative ergriffen wurde den Prozeß voranzubringen und alleine die Umweltkommission der Abgeordnetenkammer aktiv wurde, läßt tief blicken. Denn der konkrete Diskussionsprozeß kann sicherlich nicht von dieser übernommen werden.

Der Mouvement Ecologique ist demnach der grundsätzlichen Überzeugung, daß ohne eine entsprechende Stelle auch in Luxemburg das Konzept der Nachhaltigkeit keine Chance zur Umsetzung haben würde. Deshalb treten wir dafür ein, daß

- Auf der Ebene des Umweltministeriums eine spezifische Stelle - mit neuem Fachpersonal - für den Themenkomplex Nachhaltigkeit geschaffen wird. Diese soll die Arbeiten koordinieren, Kontakte mit anderen Ministerien aufnehmen, Diskussionsprozeße initiieren und ggf. begleiten ... Auch im Ausland wird diese koordinatorische und initiierende Rolle in der Regel dem Umweltministerium übertragen.
- In den jeweiligen Ministerien Kontaktpersonen für den Themenbereich bestimmt werden, die den Nachhaltigkeitsprozeß in ihrem Ressort begleiten - aber auch aktuelle Entscheidungen kritisch hinterfragt werden.

4. Die Umsetzung einer Nachhaltigkeits-Strategie braucht einen legalen Rahmen

In diversen Ländern wurde ein spezifisches Gesetz zur Umsetzung des Konzeptes der Nachhaltigkeit erstellt (Belgien, Niederlanden, Portugal, Japan, Südkorea, Neuseeland ...). Damit wird ein wichtiges politisches Signal gesetzt und es werden eine Reihe wesentlicher Aspekte geklärt, was die Strukturierung des Prozesses angeht.

Deshalb setzt sich auch der Mouvement Ecologique für eine entsprechende Gesetzgebung in Luxemburg ein, unter der Federführung des Umweltministeriums.

5. Einen offenen und strukturierten Dialog in die Wege leiten - zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Akteuren - unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Wie die unterschiedlichen Stellungnahmen, die im Rahmen dieses Hearings gemacht wurden, aufzeigen wäre es vermessen zu glauben, wir würden in Luxemburg in kurzer Zukunft zwischen den verschiedenen Kreisen einen Konsens in wesentlichen Fragen der Nachhaltigkeitspolitik erhalten. Es wäre jedoch unverantwortlich daraufhin eine Vogel-Strauß-Politik zu betreiben und sich ausschließlich in Grundsatzdiskussionen zu verlieren. Nach Ansicht des Mouvement Ecologique gilt es diese - trotz allem unerläßliche - Debatte über die generelle Umgestaltung unserer Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit zu ergänzen durch sehr konkrete und kurzfristige Pilot-Projekte. Mittels dieser könnten zumindest (hoffentlich) erste Akzente gesetzt werden, die Machbarkeit des Konzeptes der Nachhaltigkeit aufgewiesen, Klischees abgebaut werden u.a.m.

Deshalb setzt sich der Mouvement Ecologique u.a. für folgende Instrumentarien ein:

Die verlockende Idee beim Prinzip der Nachhaltigkeit ist, daß in einem Diskussions-Prozeß die Akteure aus dem ökonomischen, sozialen und ökologischen Bereich gemeinsame Leitlinien und Projekte entwickeln.

Einsetzung von Dialog-Foren - runden Tischen

Deshalb sollten aufgrund der Diskussion in der Abgeordnetenversammlung eine begrenzte Anzahl «runder Tische / Foren» in wesentlichen «Spannungsbereichen» im Hinblick auf die Gewährleistung eines regelrechten "Prozesses" organisiert werden. Nur im Rahmen eines solchen Prozesses kann ein gesellschaftlicher Grundkonsens mit der Zeit erreicht werden.

Diese Foren sollten wohl über allgemeine Aspekte der Nachhaltigkeit in dem entsprechenden Sektor diskutieren, aber auch - als Auftrag seitens der Regierung - sehr gezielt über ein oder einige prioritäre, besonders relevante Instrument(e) zur Umsetzung der Nachhaltigkeit

Einsetzung von Dialog-Foren - Runden Tischen

Wéi e Lëtzebuerg fir muer?	Zusammenhang Wirtschaftswachstum - Soziale Sicherheit - Bevölkerungsentwicklung - Landesplanung
Neue Mobilität	Umweltverbund - Mobilitätszentrale Sektorierter Plan "Transport"
Luxemburg in der Großregion	Aufbau einer Identität der Großregion
Landwirtschaft - Naturschutz - Ernährung (siehe Beispiel Saarland)	Zusammenhängendes System von Qualitätslabeln - Regionale Vermarktungsstrukturen - Landwirtschaft und Naturschutz im Konsens
Wirtschaft - Umwelt - Soziales	Förderung der Umwelttechnologien - Stärkung des Standortes Luxemburg / Diversifizierung der Wirtschaft
Wirtschaft - Umwelt - Soziales	Ökologisierung des Steuersystems
Handwerk - Umwelt - Soziales	Altbausanierung - Erneuerbare Energien

Voraussetzung für das Gelingen von solchen öffentlichen Foren ist eine fachliche Vorarbeit (im Sinne der sub (1) formulierten wissenschaftlichen Voraussetzungen), eine klare Strukturierung der Arbeiten und die Gewährleistung eines regelrechten Austausches von Meinungen, Überzeugungen und Vorschlägen.

6. Die Zivilgesellschaft stärken - den Diskurs mit der Zivilgesellschaft verstärken

in diesem Spannungsbereich so z.B.

Wenn unsere Gesellschaft sich den Herausforderungen der Umgestaltung zur Nachhaltigkeit stellen will, ist es unerlässlich, die Zivilgesellschaft massiv zu stärken. Eine lebendige Demokratie braucht Bürgerbeteiligung, braucht Streitkultur... Es gilt die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Hierbei kommt vor allem den Nicht-Regierungsorganisationen bzw. anderen Mitgliedern der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zu. Gerade sie sind die treibenden Kräfte in einer Gesellschaft, die Diskussionen über gesellschaftliche Zielsetzungen in die Wege leiten und fördern und somit wesentlich zu den Voraussetzungen für neue gesellschaftliche Entwicklungen beitragen.

Es gilt die Rahmenbedingungen für ein Mehr an Demokratie und Bürgerbeteiligung zu schaffen. Hierzu gehören Maßnahmen auf unterschiedlichster Ebene, die offen diskutiert werden sollten. So u.a.

- Integration der **politischen und gesellschaftlichen Bildung** und des "Globalen Lernens" in die Lehrpläne

aller Schulen (über die "klassische Bürgerkunde" hinaus);

- Schaffung einer **Volkshochschule** zur Stärkung der BürgerInnen und zur Förderung eines Einsatzes im Sinne der "cause publique" sowie Gründung eines "Hauses der Demokratie" als Anlaufstelle für die Förderung politischen und gesellschaftlicher Partizipation;
- Reform des **Staatrates**, um die Wahrnehmung der verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen zu gewährleisten;
- Verbesserung des **Zugangs der Bürger zu Informationen**;
- Stärkere **finanzielle Unterstützung von Nicht-Regierungsorganisationen**: Es ist unerlässlich, die freien politischen Kräfte in der Gesellschaft mit den notwendigen Mitteln auszustatten, damit diese überhaupt ihre Aufgaben wahrnehmen können;
- **Freistellung engagierter Bürger**: mehr aktives Engagement von BürgerInnen wird nur dann möglich sein, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen verbes-

sert werden. Dies setzt u.a. die generelle Einführung eines "cong  associatif" bzw. "cong  politique" voraus - auch für engagierte Personen auf emeindeebene.

7. Eine nachhaltige Entwicklung braucht eine klar definierte Strategie - ~~einen zeitlichen Rahmen~~ zur Umsetzung

Soll das Prinzip der Nachhaltigkeit nicht bei der Umsetzung einzelner isolierter punktueller Maßnahmen stehen bleiben, sondern zu einer grundsätzlichen Umorientierung in wesentlichen Politikbereichen führen, so ist es unerlässlich ein strategisches Konzept zu erarbeiten, das u.a. folgende Aspekte beinhaltet:

- Prioritäten - klare Benennung der verantwortlichen Akteure zur Umsetzung

- Einen klaren Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen und ggf. auch die dafür benötigten finanziellen Mittel
- Eine Begleitung der tagespolitischen Entscheidungen und eine kritische Analyse der Entwicklungstendenzen.

Nur eine derartige systematische, verbindliche - die auch nach Außen getragen wird und in aller Öffentlichkeit dargelegt wird - erlaubt ein reelles Vorankommen.

Zu einer solchen Strategie gehört eine gezielte Unterstützung von Pilotprojekten, die den Ansprüchen nachhaltiger Entwicklung entsprechen und eine Art politischer Signalfunktion übernehmen z.B. in den Bereichen

- neue Siedlungs- und Wohnformen
- neue Mobilität (z.B. betriebliches Verkehrsmanagement)
- Altbausanierung
- Erneuerbare Energien (z.B. im Sinne des 100.000 - D cherprogramm)...

Das Programm «Städte der Zukunft» bzw. «Regionen

Große Akzeptanz in der Bevölkerung für Fragen der Nachhaltigkeit

Daß ein konsequente(re)s Vorgehen der Politik, der betroffenen Kreise im Bereich der Nachhaltigkeit auf hohe Akzeptanz stoßen würde, zeigt u.a. eine repräsentative Umfrage, die rezent in Deutschland seitens des Umweltbundes in Auftrag gegeben wurde. Dabei kann man davon ausgehen, daß die Resultate in Luxemburg wohl ähnlich wären. Hierbei gilt es hervorzuheben, daß die Umfrage noch vor dem BSE-Skandal durchgeführt wurde, und die Resultate bei einer heutigen Umfrage wohl noch eindeutiger wären.

Umweltschutz - als langfristige Herausforderung anerkannt

Der Umweltschutz hat vor allem in der langfristigen Planung wieder an Stellenwert gewonnen. In der Studie wird dieses Phänomen wie folgt umschrieben: "Je längerfristiger der Zeithorizont in der Frageformulierung gesetzt wird, desto wichtiger wird in der Regel der Umweltschutz eingestuft." oder aber "Umweltprobleme werden vom gr o eren Teil der Bevölkerung vor allem als dramatische Zukunftsprobleme, weniger als Gegenwartsprobleme, wahrgenommen."

Hohe Akzeptanz für Prinzipien der Nachhaltigkeit

Bedauerlicherweise ist der Begriff der Nachhaltigkeit den wenigsten bekannt. Nur 13% geben an, davon gehört

Einstellung zu den Prinzipien der Nachhaltigkeit

Angaben in %	stimme zu	teils/teils	stimme nicht zu
Es sollte Gerechtigkeit zwischen den Generationen bestehen, wir sollten die Umwelt nicht auf Kosten der nachkommenden Generation ausplündern	90	8	2
Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können	83	14	3
Es sollte fairen Handel zwischen den reichen Ländern dieser Erde und den Entwicklungsländern geben	77	19	4

zu haben - 63% kennen diesen nicht, 24% wußten keine Angabe zu machen. Spannend ist jedoch, daß die Bevölkerung in breitem Ausmaß den Prinzipien des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung zustimmt.

Merkmale entwickelter nationaler Umweltpläne

Was zeichnet einen guten Umweltplan aus? In der Literatur zu diesem Thema werden regelmäßig die folgenden Merkmale hervorgehoben:

Eine maßgebliche Rolle des Staates im Planungsprozeß. Hierin stimmen so unterschiedliche Beobachter wie die OECD (1995) und das den Umweltverbänden nahestehende Resource Renewal Institute (RRI 1996) überein.

- Klare, nach Möglichkeit quantifizierte Ziele und Zeitvorgaben.
- Enge Abstimmung zwischen dem Umweltressort und den wirtschaftsnahen Verwaltungen (speziell derjenigen für Industrie, Verkehr, Energie, Bau, Landwirtschaft), um diese systematisch an der Lösung langfristiger Umweltprobleme zu beteiligen.
- Kooperation zwischen Regierung und Industrie mit dem Ziel der "Internalisierung von Verantwortung", wie dies in den Niederlanden formuliert wird. Hier spielt das Instrument der freiwilligen Vereinbarungen eine zunehmende Rolle.
- Öffentliche Beteiligung und Information, um zusätzliche politische Ressourcen zu mobilisieren.
- Festgelegte Berichtspflichten und eine klare Überprüfung der Zielerreichung.

Diesem Standard-Katalog, wie er sich beispielsweise bei der OECD (1995) findet, sind folgende Merkmale entwickelter nationaler Umweltplanung hinzuzufügen:

- Eine rechtliche Basis der Planung ist sinnvoll, um diese auf Dauer zu stellen und von Regierungswechseln oder politischen Konjunkturen unabhängig zu machen. Südkorea hat schon 1990 in seinem Grundlagengesetz des Umweltschutzes geregelt, welche Diagnosen und Prognosen die Basis des Plans bilden, wie die Zielstruktur aussehen soll, welche Finanzmittel erforderlich und wie diese zu beschaffen sind. Neuseeland hat 1991 in dem grundlegenden Umweltgesetz die Form der Umweltplanung und der Integration von Nachhaltigkeitszielen in sonstige Planungen beschlossen. In Japan und den Niederlanden wurde Umweltplanung 1993 per Gesetz eingeführt, in Portugal bereits 1987.
- Von der wissenschaftlichen Problemdarstellung über vielfältige Konsensbildungsprozesse bis zur Überprüfung festgelegter Ziele ist nationale Umweltplanung mit so vielen Teilschritten verbunden, daß ihre Abläufe nur durch Institutionalisierung die nötige Zielstrebigkeit und Verbindlichkeit erhalten. In mehreren Ländern mit Umweltplanung wurden spezielle Planungseinrichtungen geschaffen. In den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Japan und Südkorea sind jedoch die bestehenden nationalen Umweltbehörden mit dieser Aufgabe betraut; und dies ist eine nicht zu übersehende Alternative zur Schaffung zusätzlicher Einrichtungen. Oft ist das nationale Umweltamt für den wissenschaftlichen Vorlauf, das Umweltministerium für Abstimmungsprozesse und Entscheidungsabläufe zuständig. Wichtiger als eine spezielle Einrichtung ist die klare, förmliche Aufgabenzuweisung.
- Die Mehrheit der vorhandenen nationalen Umweltpläne leidet nicht nur am Fehlen einer klaren Institutionalisierung; oft sind auch nur wenige Beamte mit dieser Aufgabe betraut. Es bedarf also nicht zuletzt einer angemessenen, professionellen Infrastruktur sowohl für die Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen als auch zur kompetenten Organisation von Zielbildungsprozessen auf breiter Grundlage.
- Für die Darstellung der zu formulierenden Umweltziele empfiehlt sich im Lichte bisheriger Erfahrungen eine Matrix-Struktur, die die zentralen Problemfelder den wichtigsten Verursacherbereichen zuordnet. Konsensgespräche, freiwillige Selbstverpflichtungen etc. werden dadurch erleichtert. Anhand der Zielvorgaben des BUND/MISEREOR-Konzepts für ein zukunftsfähiges Deutschland wird in Abbildung 2 eine verursacherbezogene Matrix der Umweltziele dargestellt. Am Beispiel des Energiesektors wird die entsprechende Zielbildung weiter unten (s. Exkurs) veranschaulicht.

Zitat : Stellungnahme von Prof. Dr. Jännicke